

Jonas Pohlmann

**CDU-Abgeordneter des Niedersächsischen Landtags
Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Energie und
Klimaschutz sowie im Unterausschuss Tourismus**



Die letzte Plenarwoche ist beendet und für mich geht ein aufregendes Jahr zu Ende. Auf ins Jahr 2023! In der heutigen Ausgabe der Landtagspost finden Sie Informationen zu den Themen:

- Fühner: Förderschule Lernen
- Calderone: Kinder wirksam vor Missbrauch im Internet schützen
- Hüttemeyer: Ausbau der erneuerbaren Energien fördern
- Fühner: Sprach-Kitas
- Schepelmann: 49-Euro-Ticket
- Thiele: Nachtragshaushalt
- Plett und Uhlen: Cannabis-Legalisierung
- Themen und Termine

Ich wünsche Ihnen und Euch besinnliche Weihnachten und ein tolles Neues Jahr 2023.

Ihr/Euer

Jonas Pohlmann

Fühner: Alle Förderschulen „Lernen“ müssen erhalten werden

Förderschulen mit dem Schwerpunkt Lernen unterstützen und fördern Schülerinnen und Schüler, die den Lern- und Schulalltag im inklusiven System nicht problemlos und angstfrei bewältigen können. Insbesondere die kleinen Klassenverbände sowie die persönlichen Förderangebote durch Sozialpädagoginnen und -pädagogen ermöglichen es, auf die individuellen Bedürfnisse der Kinder einzugehen und diese gezielt zu fördern. Somit stellen die Förderschulen mit dem Schwerpunkt Lernen eine wichtige Säule der niedersächsischen Schullandschaft dar und müssen erhalten bleiben“, fordert der bildungspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Christian Fühner bei der Einbringung des Gesetzentwurfes in der Landtagsdebatte.



Das Gelingen von Inklusion ist für alle demokratische Kräfte ein gemeinsames Ziel. Es gibt einen breiten Konsens für das, was nötig ist, um die Inklusion in Niedersachsen zu verbessern, die Rahmenbedingungen immer weiter zu verbessern. Die Ausbildung und Fortbildung müssen stärker auf Inklusion ausgerichtet werden, denn es geht um eine vielseitige, inklusive und tolerante Gesellschaft und um die Teilhabe aller Menschen. Allerdings sind derzeit viele Lehrkräfte am Limit, weil sie viele Schüler mit unterschiedlichen Förderbedarfen gleichzeitig in einer Klasse haben, weil sie mit der Aufgabe der Inklusion allein gelassen werden.

„Und wir haben in Niedersachsen immer noch viele Kinder, die ganz bewusst die über 60 Förderschulen mit dem Schwerpunkt Lernen besuchen. Und es sind auch viele Eltern, die ihr Kind sehr bewusst, fast immer nach schlechten Erfahrungen im inklusiven Schulsystem, aus der Not heraus, an eine Förderschule geben. Und das sind ja auch für viele Eltern keine leichten Entscheidungen. Im Gegenteil. Aber genau dieser freie Elternwillen wird von der rot-grünen Koalition in Niedersachsen mit Füßen getreten“, Fühner weiter.

„41 Stadt- und Kreiselternräte haben sich für den Erhalt ausgesprochen, viele Eltern, viele Schüler, viele Niedersachsen und wir bringen dieses Gesetz auch stellvertretend für diese vielen Menschen ein. Geben Sie den Förderschulen noch eine Chance, springen Sie über ihren Schatten und gehen sie noch einmal demütig, ohne Scheuklappen und mit großer Offenheit in diese Beratungen hinein. Es geht um die Wahlfreiheit von Eltern und Schülern, es geht um Akzeptanz, die wir auf dem weiteren Weg der Inklusion nach wie vor brauchen werden. Und es geht hier um einige tausend Kinder und deren Bildungschancen, die wir jedenfalls nicht allein lassen wollen“, appelliert der CDU-Politiker.

Weiterführende Links:

Gesetzentwurf: <https://bit.ly/3V3HExx>

PM der CDU-Landtagsfraktion: <https://cdultnds.de/2022/12/13/181/>

Link zur Rede des bildungspolitischen Sprechers der CDU-Landtagsfraktion Christian Fühner: <https://bit.ly/3hwki64>

Calderone: Kinder wirksam vor Missbrauch im Internet schützen – Landesregierung muss dringlich eine einheitliche Haltung entwickeln



„Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat in seinem Urteil im September festgestellt, unter welchen rechtlichen Rahmenbedingungen eine Vorratsdatenspeicherung möglich ist und somit zur Bekämpfung schwerster Kriminalität wie z.B. Kindesmissbrauch einen entscheidenden Beitrag leisten kann“, erklärte der rechtspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Christian Calderone.

Während Kriminalstatistiken dramatisch steigende Straftaten im Bereich des sexuellen Missbrauchs aufzeigten, sei die Landesregierung dazu nur eingeschränkt sprechfähig: Der Innenminister vertrete die Auffassung der CDU, den durch das Urteil des EuGH aufgezeigten Rechtsrahmen auszuschöpfen, die ebenfalls der SPD angehörende Justizministerin sei aber für das weniger wirksame sog. Quick-Free-

ze-Verfahren, welches auch vom Bundesjustizminister vertreten wird. „Dieses wichtige Thema der Verfolgung von Kindesmissbrauch und Kinderpornographie im Internet verlangt eines entschlossenen Handelns der Landesregierung und nicht zwei SPD-Ministerien, die offensichtlich in unterschiedliche Richtungen laufen“, so Calderone. Und dies bei einer Debatte, die bereits seit Jahrzehnten andauere.

„Aktuell ist der Staat im Bereich der Internetkriminalität nur eingeschränkt handlungsfähig. Wir als CDU-Fraktion möchten dies ändern und den Ermittlungsbehörden mit der Vorratsdatenspeicherung auf Grundlage der EuGH-Rechtsprechung ein Instrument an die Hand geben, womit sie eine Chance haben, schwerste Straftaten aufzuklären“, so Calderone.

„Mit dem heute eingebrachten Entschließungsantrag geben wir der Landesregierung die Möglichkeit den Bund zu bewegen, endlich eine rechtssichere Vorratsdatenspeicherung einzuführen, damit sich die Menschen ein Stück weit sicherer fühlen können vor einer der widerlichsten strafrechtlich relevanten Handlung, dem sexuellen Missbrauch von Jungen und Mädchen“, so der Abgeordnete.

Entschließungsantrag Drucksache 19/113: <https://bit.ly/3PECmaL>

Hüttemeyer: Ausbau der erneuerbaren Energien fördern, nicht gefährden – Abschöpfungserlöse für Erneuerbare verhindern

„Das Gesetz zur Strompreisbremse enthält richtigerweise Vorschriften zur Entlastung der Verbraucher, leider aber auch Regelungen zur Abschöpfung von Überschusserlösen im Zeitraum 01.12.2022 bis 30.6.2023. Diese Abschöpfung betrifft auch alle Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien. Somit blockiert das Gesetz den Ausbau der so wichtigen und klimafreundlichen Anlagen“, erklärt der Abgeordnete André Hüttemeyer zur Einbringung eines Entschließungsantrags der CDU zum Ausbau der erneuerbaren Energien.



Selbst der Bundesverband Erneuerbare Energie e.V. spreche von einem „Abschöpfungs-Irrweg“ und Marktteilnehmer sehen die Abschöpfungserlöse als Investitionsblockade.

„Über die Erlösabschöpfung soll wieder Geld aus dem Markt genommen werden, welches aber viel schneller und sinnvoller in die Investition in erneuerbare Energien gesteckt werden könnte. Daher fordern wir in unserem Antrag, dass die Überschusserlöse von Erneuerbaren-Energie-Anlagen wieder reinvestiert werden“, so der Abgeordnete.

Die Herausforderungen beim Ausbau der erneuerbaren Energien seien nur gemeinsam zu stemmen, denn diese Herausforderungen seien riesig. Daher lade die CDU-Fraktion dazu ein, den eingebrachten Antrag im Laufe der Beratungen gemeinsam zuzustimmen.

„Wir fordern die Landesregierung auf, mit uns gemeinsam eine Blockade der erneuerbaren Energien zu verhindern. Lassen Sie uns gemeinsam einen Turbo beim Ausbau der erneuerbaren Energien hinlegen“, so Hüttemeyer.

Entschließungsantrag Drucksache 19/114: <https://bit.ly/3BF4ftl>

Fühner: Das Aus für unsere Sprach-Kitas wäre für die betroffenen Kinder eine bildungspolitische Katastrophe



„Die Sprach-Kitas und die dazugehörigen Fachkräfte kümmern sich vor allem um Kinder und Familien, die ohnehin schon benachteiligt sind, also Kinder mit Migrationshintergrund und Kinder, die in prekären Familienverhältnissen leben. Gerade diese Kinder sind auf Hilfe angewiesen. Bei diesem Programm geht es auch nicht nur um Sprache, sondern vielmehr um Integration, um Teilhabe und Chancengleichheit“, erklärt der bildungspolitische Sprecher Christian Fühner zum Antrag der CDU-Fraktion zur Fortsetzung des Bundesprogramms „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist.“

Das seien alles Aufgaben, die gerade jetzt noch wichtiger und größer würden, wenn man an die vielen geflüchteten Familien aus der Ukraine denke, betont Fühner.

„Die Bundesregierung will trotz aller Bedenken mit Unterstützung der Bundestagsabgeordneten, auch der niedersächsischen SPD und Grünen am Auslaufen des Bundesprogramms zum 30. Juni des nächsten Jahres festhalten. Das ist eine falsche Entscheidung gegen die Einschätzung von hunderten Einrichtungen, Erzieherinnen und Erziehern und Bildungsexperten im gesamten Land. Und eine Entscheidung gegen die Länder, die den Bund einstimmig im Bundesrat aufgefordert haben, das Programm nicht zu beenden“, so der CDU-Politiker weiter.

Mit dem Antrag zur Fortsetzung der Sprach-Kitas fordert die CDU-Fraktion gleich zu Beginn dieser neuen Legislaturperiode eine Lösung ein und sorgt für Sicherheit bei den Betroffenen. „Die Fachberatungen müssen erhalten bleiben, die zusätzlichen Fachkräfte Sprache müssen an ihrer Kita bleiben, die Austauschplattform muss in der bestehenden Form erhalten bleiben. Insofern geht es nicht nur ums Geld, es geht auch darum, dass die Struktur bestehen bleibt und die Säulen der alltagsintegrierten Sprachbildung, der inklusiven Pädagogik und der Zusammenarbeit mit den Familien in ihrer jetzigen Form Bestand haben“, so Fühner abschließend.

Entschließungsantrag Drucksache 19/45: <https://bit.ly/3WpnWgM>

Schepelmann: Beim 49-Euro-Ticket muss die Landesregierung endlich beantworten, wie die Umsetzung aussieht und die Kommunen finanziell abgesichert werden

„Da sich das 9-Euro-Ticket einer sehr großen Beliebtheit erfreute, war klar, dass eine Nachfolgeregelung kommen muss, die den Tarifdschungel genauso lichtet und die Menschen motiviert, günstig auf den ÖPNV umzusteigen. Nur leider müssen wir weiter auf verlässliche Informationen zur Umsetzung warten“, so der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Jörn Schepelmann zur Einführung des 49-Euro-Tickets. Immerhin wisse man seit gestern Abend, wann es nun kommen soll.



„Mit dem Datum 1. April steht der Startzeitpunkt fest, die Frage aber, wie das 49-Euro-Ticket umgesetzt werden soll, wird weiterhin nicht beantwortet“, so Schepelmann. Nach der Runde der Verkehrsminister sei immer noch unklar, wie das Ticket finanziert werden solle.

„Die Landesregierung muss den Kommunen endlich die Ungewissheit nehmen, denn diese müssen das Ticket umsetzen. Ohne eine Dynamisierung für steigende Kosten wird das nicht gelingen“, so der Verkehrsexperte. Schon jetzt litten die Kommunen unter ständig steigenden Kosten beim ÖPNV.

„Und da wir alle vernünftig bezahlte Fahrerinnen und Fahrer haben wollen, müssen die kommenden Tarifsteigerungen berücksichtigt werden. Allerdings lässt die Landesregierung weiter offen, wie sie gedenkt, die Kommunen dabei zu unterstützen und den ÖPNV für die Kommunen auskömmlich zu finanzieren“, so Schepelmann.

Viele Niedersachsen würden nämlich gern am ÖPNV teilnehmen, wenn es denn vor Ort ein attraktives Angebot gäbe. „Dafür bedarf es dringend einen umfassenden Ausbau des ÖPNV im gesamten Land, damit es auch im ländlichen Raum attraktiv wird, in den Zug oder Bus zu steigen.“ Auch dafür würde die Landesregierung keine Antworten präsentieren.

Thiele: Rot-Grün bunkert mit dem Nachtragshaushalt über eine Milliarde, statt Haushalte und Unternehmen zu entlasten



„Vor und in den Beratungen zum Nachtragshaushalt hat die Landesregierung erklärt, dass das Land Niedersachsen nicht Profiteur der Inflation sein darf. Aber genau das passiert mit dem heute eingebrachten Nachtragshaushalt“, so der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion Ulf Thiele.

Die Landesregierung setze die Steuermehreinnahmen aus der Inflation, die den Steuerzahlern in dieser Zeit richtig weh tun, nur zum geringeren Teil ein, um Haushalte und Unternehmen wieder zu entlasten. Das meiste Geld nutze Rot-Grün, um den Landeshaushalt zu entlasten und vor allem Geld für eigene Politik zu bunkern.

„Das ist nicht, was der Ministerpräsident versprochen hat. Das ist nicht ehrlich. Das ist die falsche Politik und sie vergessen dabei einen großen Teil der Menschen in unserem Bundesland“, so der CDU-Finanzexperte.

„Wir haben in unserem Änderungsantrag vorgeschlagen, private Haushalte mit einer Öl- oder Pellet-Heizung in Niedersachsen zu entlasten. Das sind oftmals ältere Menschen und Familien mit kleinen Einkommen. Die können ihre Öl-Heizung nicht mal eben so austauschen. Und die dürfen nicht im Stich gelassen werden“, so Thiele. Von der Ampel im Bund und auch von Rot-Grün in Niedersachsen würden genau diese Menschen jetzt aber allein gelassen. Die Unternehmen, die so heizen, sollten vom Land richtigerweise entlastet werden, die Privathaushalte nicht. Das sei nicht in Ordnung.

„Wir bedauern sehr, dass die Regierung unter Ministerpräsident Weil bei zentralen Fragen der Krisenpolitik nicht versucht hat, eine breite Landtagsmehrheit zu erreichen und den Haushalt mit der Brechstange durch das Parlament gebracht hat“, so der CDU-Politiker.

„Wir haben heute bei der Abstimmung über das Hilfsprogramm zugestimmt und uns bei den übrigen Teilen des Nachtragshaushaltes enthalten, da wir die noch zwischen CDU und SPD verabredeten Maßnahmen und die grundsätzliche Konzeption der Hilfen, die wir ja unterstützen würden, nicht ablehnen wollen. Aber dem Bunkern von mehr als einer Milliarde Euro rot-grünem Spielgelds in diesem Haushalt konnten und wollten wir nicht zustimmen“, so Thiele.

Beschlussempfehlung Drucksache 19/56: <https://bit.ly/3YEiSY2>

Plett und Uhlen: Die Landesregierung ist uneinig bei der Cannabis-Legalisierung

Die CDU-Fraktion hat in der heutigen Landtagssitzung die Auswirkungen der geplanten Legalisierung von Cannabis auf die Gesundheit der Bevölkerung thematisiert. Derzeit ist der legale Konsum von Cannabis in Deutschland bisher nur zu medizinischen Zwecken möglich und der Freizeitkonsum strafbar. Die rot-grüne Koalition hat allerdings in ihrem Koalitionsvertrag Unterstützung zu dem Vorhaben der Ampelkoalition in Berlin signalisiert, den Konsum von Cannabis zu legalisieren.

„Die Jugend- und Gesundheitsministerium hat auf unsere Fragen eindeutig klargestellt, dass die Gefahren einer Cannabis-Freigabe nicht zu verharmlosen sind. Das Risiko einer langfristigen gesundheitlichen Schädigung besteht gerade für jüngere Menschen und stellt häufig den Einstieg in eine dramatische Suchtkarriere dar“, betont der CDU-Abgeordnete Thomas Uhlen als Mitglied im Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung.



Für die CDU-Fraktion ist deshalb unverständlich, weshalb die Landesregierung einerseits die Cannabis-Legalisierung uneingeschränkt unterstützt, die Justizministerin aber die Pläne auf Bundesebene skeptisch beurteilt. „Hier ist die Landesregierung Antworten offengeblieben. Wir hätten uns gewünscht, dass die Justizministerin im Landtag klar Stellung zu ihren Aussagen bezieht. Stattdessen verwies der Innenminister immer wieder auf das bisher vorliegende Eckpunktepapier des Bundesgesundheitsministers und will sich mit dem Thema erst beschäftigen, wenn es einen konkreten Gesetzentwurf des Bundes gibt“, erklärt der CDU-Abgeordnete Christoph Plett als Mitglied im Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen.

Themen und Termine



Im Einsatz für die Förderschule Lernen - vor Ort und im Landtag



Jonas Pohlmann, MdL

Herzensangelegenheit – für Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrkräfte, Mitarbeitende, mich persönlich. Jedes Kind mit seinen eigenen Talenten fördern, den Elternwollen in den Mittelpunkt stellen: Wenn wir es ernst meinen, muss die Förderschule Lernen erhalten bleiben und gestärkt werden. Dauerhaft.

Deshalb haben wir als CDU-Landtagsfraktion Niedersachsen gestern einen Gesetzentwurf zum Erhalt der Förderschule Lernen im Niedersächsischer Landtag eingebracht – draußen begleitet von starken Demos der Jungen Liberale (JuLis) und Jungen Union Niedersachsen. Eine Unterschrift unter das Volksbegehren der FDP zum Erhalt der Förderschule Lernen? Ganz klar gerne.

SPD und Grüne möchten die Förderschule Lernen nach wie vor auslaufen lassen. Im Schulterschluss mit Schülern, Eltern und Lehrkräften bleiben wir hartnäckig: im Landtag für unsere Förderschulen insgesamt, vor Ort für die Comeniusschule, die wir am 13.12. besucht haben. Vor Ort zuhören und handeln.



Tolle Nachrichten made in Georgsmarienhütte: Der Bund fördert die CO2-freundliche Stahlverarbeitung bei der Georgsmarienhütte Holding mit 880.000 Euro.

„Gut für Georgsmarienhütte, gut für die Umwelt. Ein Vorbildprojekt, das hoffentlich viele Nachahmer finden wird.“

Jonas Pohlmann, MdL

Tolle Nachrichten made in Georgsmarienhütte: Der Bund fördert die CO2-freundliche Stahlverarbeitung bei der Georgsmarienhütte Holding mit 880.000 Euro.

Energieeffizient wirtschaften, starke Arbeitsplätze sichern – schon beim Besuch der GMH Gruppe im Sommer war zu spüren, welcher innovative Geist im Unternehmen steckt.

Ich freu mich, dass der Bund dieses Engagement fördert!



Der Besuch in der Kath. FABI Osnabrück bei Juliane Huesmann



Auftaktgespräch bei der Kreishandwerkerschaft mit Kreishandwerksmeister Siegward Schneider und Hauptgeschäftsführer Thorsten Coch



Querungshilfe an der L94: Unterschriftenübergabe an Minister Lies mit Frank Henning



Der Arbeitskreis Umwelt: André Hüttemeyer, Frank Schmädeke, Axel Miesner, Laura Hopmann und ich

Themen und Termine

#mitvereintenkräften



Mit dem Anglerverband Niedersachsen an der Düte unterwegs



Die Junge Gruppe der CDU-Landtagsfraktion



*Frohes
Fest
und einen Guten Rutsch
ins Jahr 2023 wünscht
Jonas Pohlmann*



Kontakt
Jonas Pohlmann, MdL
Schwedeldorfer Straße 13, 49124 Georgsmarienhütte

Tel. Wahlkreisbüro: 0151 / 11 22 98 48
info@jonas-pohlmann.de
www.jonas-pohlmann.de

Bürozeiten: Mo-Fr. 8:00 - 12:00 Uhr
Mitarbeiter: Anja Hotfilter
Quelle: www.cdu-fraktion-niedersachsen.de

Social-Media-Aktivitäten

 PohlmannJonas

 pohlmannsjonas

Newsletter abonnieren auf www.jonas-pohlmann.de

Möchten Sie die Landtagspost nicht mehr erhalten oder sie weiterempfehlen? Kontaktieren Sie uns gerne!